

20.06.2016

Kleine Anfrage 4891

der Abgeordneten Simone Brand, Daniel Düngel und Torsten Sommer PIRATEN

Was tut die Landesregierung, um Menschen vor Rassismus zu schützen?

Am 09. Juni 2016 stellte Amnesty International den Bericht „Leben in Unsicherheit: Wie Deutschland die Opfer rassistischer Gewalt im Stich lässt“ vor.¹ Der Bericht bestätigt die Erkenntnisse der Piratenfraktion, die diese in der Debatte rund um das Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus der Landesregierung angeführt hatte. Der Bericht kritisiert, dass Hasskriminalität von den Behörden oft nicht erkannt werde.

Im Handlungskonzept behauptet die Landesregierung auf S. 7 hingegen, dass die zuständigen staatlichen Organe für die konsequente Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung rechtsextremer und rassistischer Taten gut aufgestellt seien. Weiterhin wird auf S. 15 des Konzepts angemerkt: „Die Ergebnisse der NSU-Untersuchungsausschüsse auf Bundes- und Landesebene sind bislang noch nicht in das Handlungskonzept eingegangen.“

Amnesty International mahnt in seinem Bericht an, dass es keine Schutzkonzepte für Unterkünfte gebe und dass sogar auch einschlägig vorbestrafte Rechtsextremisten für private Sicherheitsunternehmen gearbeitet hätten. In NRW war dieser Missstand Auslöser eines weltweiten Skandals, als Fotos von in NRW-Unterkünften misshandelten Schutzsuchenden auftauchten. Die Landesregierung veranlasste daraufhin einen 8-Punkte-Plan für neue Sicherheitsstandards in allen Asylbewerberunterkünften des Landes.² Laut Welt werden diese aber massiv unterlaufen.³

Im Bericht von Amnesty wird abermals die Forderung nach unabhängigen Polizeibeswerdestellen auf Bundes- und Länderebene wiederholt.

¹ <https://www.amnesty.de/2016/6/9/deutschland-laesst-die-opfer-rassistischer-gewalt-im-stich?linkId=25368827&linkId=25370326>

² http://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/leistungen/abteilung02/20/8punkte_plan_sicherheit.pdf

³ <http://www.welt.de/politik/deutschland/article156070105/Billigste-Sicherheitsdienste-bewachen-Fluechtlingsheime.html>

Datum des Originals: 13.06.2016/Ausgegeben: 20.06.2016

Die Piratenfraktion fragt regelmäßig die Entwicklung von rechten Übergriffen, Hetze, Aufmärschen usw. gegen Geflüchtete in Nordrhein-Westfalen ab. Zuletzt berichtete die Landesregierung in ihrer Antwort 16/11446. Auffällig war, dass viele der dort aufgezählten Fälle nicht strafrechtlich verfolgt worden waren. Am Samstag, dem 11.06.2016, brannte es in einem Kirchengebäude in Köln-Rondorf. Die Polizei geht derzeit von Brandstiftung aus und hat eine Ermittlergruppe eingerichtet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Zahl der Anmeldungen von Demonstrationen gegen Geflüchtete seit der Antwort 16/11446 entwickelt? (Bitte die Tabelle der Antwort 1 der Drucksache 16/11446 auf den aktuellen Stand bringen)
2. Wie hat sich die Zahl der Angriffe, Anschläge, Beleidigungen, Schmierereien, Übergriffe, Straftaten und Hetze usw. gegen von Flüchtlingen bewohnte Häuser und Einrichtungen oder gegen die Personen selbst entwickelt? (Bitte die Tabelle der Antwort 2 der Drucksache 16/11446 auf den aktuellen Stand bringen)
3. Wie hat sich die Zahl der Angriffe, Anschläge, Beleidigungen, Schmierereien, Übergriffe, Straftaten und Hetze usw. gegen Moscheen, muslimische Einrichtungen und Muslime in Nordrhein-Westfalen entwickelt? (Bitte die Tabelle der Antwort 3 der Drucksache 16/11446 auf den aktuellen Stand bringen)
4. Welche Schlüsse zieht die Landesregierung aus dem Bericht von Amnesty International? (Bitte ausführen und mit Begründung)
5. Welche Schutzkonzepte hat die Landesregierung in die Wege geleitet, um Menschen vor Rassismus zu schützen?

Simone Brand
Daniel Düngel
Torsten Sommer